Wenn der Dorfplatz in die Kirche kommt

Nach der Kirchgemeindeversammlung in der Steinacher Jakobuskirche vom letzten Samstag interessierte der gleichbleibende Steuersatz wohl weniger als die Dorfplatzgestaltung. Die Wogen gingen im Verlauf der Versammlung hoch.

Für viele Anwesende kam es anders als erwartet. Die Traktanden zu Rechnung und Budget sowie auch weitere Mitteilungen zum Pfarreialltag gingen neben dem zentralen Thema des Abends, der Neugestaltung des Dorfplatzes, fast unter. Dies obwohl Kirchenratspräsident Andreas Popp zur Rechnung 2011 Positives zu vermelden hatte. Der Steuerbetrag liegt 30'000 Franken höher als budgetiert. Der gute Rechnungsabschluss hat einen gleichbleibenden Kirchensteuerfuss von 24 Prozent zur Folge.

Antrag mit grossem Mehr abgelehnt

Die Erläuterungen zum geplanten Dorfplatz waren an der Kirchgemeindeversammlung dürftig. Bei Drucklegung des Amtsberichtes sei noch nicht viel zu erfahren gewesen, so Andreas Popp. Für die 82 Stimmberechtigten stand in diesem Zusammenhang lediglich der budgetierte Betrag von 7000 Franken für Vorausabklärungen. Dass die Liegenschaft an der Hauptstrasse 40/40a heute als «architektonische Sünde» bezeichnet wird mochten alle Anwesenden unterstützen. Das Projekt sieht den Abbruch des ungeliebten Doppelwohnhauses vor mit einem Landabtausch für den Wiederaufbau. Dies würde einerseits auf der Wiese zwischen Pfarrhaus und Hauptstrasse geschehen und anderseits neben dem heutigen Volg nördlich der Hauptstrasse. Diese Liegenschaft ist im Besitz der Gemeinde. Die Absicht, die Wiese neben dem Pfarrhaus zu überbauen, hatte etliche Kirchbürgerinnen und Kirchbürger für den Gang zum Mikrophon mobilisiert. Es fielen scharf abgefasste Voten. Otmar Angehrn stelle zwei Anträge: 1. Das Dorfplatzprojekt sei nicht weiter zu verfolgen und 2. Der Budgetposten sei um die vorgesehenen Kosten zu kürzen. Während dem Antrag eins infolge eines Formfehlers nicht stattgegeben wurde, kam der Antrag zwei mit 18 zu 43 Stimmen zu Fall. Während die Einen sich nicht auf eine Planung und ein genaueres Hinschauen einlassen wollten und das Ganze «total daneben» fanden, setzten sich einige Sprechende für eine Diskussion zu diesem Thema ein und vor allem für mehr Informationen.

Projektgegner Gebhard Müller äusserte sich sehr konkret über seine Meinung zum «Dorfplatz».

Die Überbauung ist ein Sakrileg

Es gab nicht nur Ablehnung zum Dorfplatz-Projekt, sondern Voten, die dafür offen sind. Tatsache ist aber, dass Handfestes momentan noch fehlt. Und noch liegen für diesen Deal keine Zahlen auf dem Tisch. Die Zukunft wird es weisen, ob die Vereinbarung mit dem Liegenschaftsbesitzer auf Zustimmung stösst und beidseitige Vorteile bringt. Das Projekt dürfte die Bevölkerung spalten. Für viele Steinacherinnen und Steinacher ist es ein Sakrileg, die Wiese, die seit Jahrhunderten zur Kirche gehört, für ein solches Projekt herzugeben.

Es muss über das Projekt gesprochen werden

Gemeindepräsident Roland Brändli konnte sich anlässlich dieser Versammlung, die er miterlebte, ein Ohr voll nehmen und spüren, dass der Landabtausch kein einfaches Unterfangen werden wird. An dieser Versammlung waren jene, die Grundsätzlich nein sagen anzutreffen. Viele lassen sich aber nun überraschen von der Informationsveranstaltung im Herbst im Gemeindesaal. Und bis dahin müssen wohl «Nägel mit Köpfe» gemacht werden, um weitere Kreise vom «Dorfplatz» überzeugen zu können. Im Anschluss an die Versammlung sagte Andreas Popp: «Die Opposition musste bei der Budgetposition kommen, aber auch die Gegner sind sich nicht im Klaren, was es überhaupt geben könnte. Es scheint mir wichtig, dass über das Projekt gesprochen wird».
Eine Ablehnung in der späteren Planungsphase kann also mit unterschiedlichen Begründungen erfolgen. Einerseits der ethischen, auf dem Kirchenareal wird nicht gebaut, anderseits könnte der Handel mit dem Hauseigentümer aus verschiedenen anderen Gründen von den Stimmberechtigten nicht akzeptiert werden. Über die derzeitige Anzahl Nein-Stimmen konnte man sich am Samstag informieren, und diese werden aller Wahrscheinlichkeit nach nicht weniger.

he. 2.4.2012